

Einwohnerversammlung

02.06.2026, 18:00 Uhr, Ramburghalle in Ramberg

Thema: Informationen zum Prüfverfahren über die Zusammenlegung der Grundschulen Ramberg / Eußerthal und der Grundschule Albersweiler

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Teilnehmer:

- BM Burkhart
- Erster Beig. Kempf
- Beig. Böck
- BL Meyer
- IT Pätzold
- 31 Einwohnerinnen und Einwohner

Notizen:

Stellungnahmen von SPD Fraktion und CDU Fraktion zu Beginn der Einwohnerversammlung.

BM Burkhart erläutert den Sachverhalt und den aktuellen Stand des Verfahrens anhand einer Präsentation. Ortsbürgermeister Herr Denny und Ortsbürgermeisterin Frau Fess weisen bezüglich den Ausführungen darauf hin, dass die Aussage von der Schulleiterin Frau Finger nicht eindeutig für eine Zusammenlegung aus ihrer Sicht gedeutet werden kann. Hierzu sollen nochmals klarstellende Gespräche geführt werden.

Eine Einwohnerin bemängelt die Art der Bekanntmachung der Einwohnerversammlung. Sie habe nur zufällig davon erfahren.

Antwort: Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte gesetzeskonform und wie üblich im Amtsblatt sowie zusätzlich in der Rheinpfalz.

Ein Einwohner kritisiert, dass das Schulgebäude als möglicher Standort für die Kita vorgesehen ist, obwohl es ebenfalls von Starkregen betroffen sein könnte. Dies sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Antwort: Es handelt sich hierbei um einen ersten Lösungsansatz. Die Starkregenproblematik wird im weiteren Verfahren selbstverständlich geprüft.

Ein Einwohner bemängelt das aus seiner Sicht fehlende Vertrauensverhältnis zwischen Ortsgemeinde (OG) und Verbandsgemeinde (VG). Zudem seien Kitaangelegenheiten ausschließlich Sache der OG. Er habe den Eindruck, die VG nehme der OG die Entscheidung vorweg.

Antwort: Durch die Berücksichtigung der Kitasituation wird ausdrücklich Rücksicht auf die OG genommen. Eine Entscheidung wird nicht vorweggenommen; diese liegt weiterhin allein bei der OG.

Ein Einwohner merkt an, dass im Verfahren das Wohl der Kinder nicht ausreichend berücksichtigt werde. Die Kinder müssten bei einer Zusammenlegung an einen fremden Ort fahren und wären auf den Bus angewiesen.

Antwort: Auch in anderen Bereichen der VG nutzen Kinder bereits Schulbusse. Hier bestehen keine negativen Erfahrungen.

Eine Einwohnerin führt aus, dass größere Klassen bei einer Zusammenlegung zum Nachteil der Kinder wären. Zudem stellt sie die pädagogische Sinnhaftigkeit infrage.

Antwort: Es wird auf den positiven Austausch während des Studentags sowie auf die Ausführungen von Dr. Reinermann-Matatko verwiesen.

Ein Einwohner bittet um Auskunft, ob die geplante Bushaltestelle im Rahmen des RZN-Programms nun hinfällig sei.

Antwort: Der Förderzeitraum läuft weiterhin. Die Entscheidungen des VG-Rates sind dabei zu berücksichtigen.

Eine Einwohnerin merkt an, dass die Zusammenlegung lediglich eine Problemverlagerung in die Zukunft darstelle und in Albersweiler zu einem Größenproblem führen werde.

Antwort: Das Verfahren berücksichtigt den Schulentwicklungsplan bis 2031/2032. Die Zahlen waren in der Vergangenheit – abgesehen von kleineren Abweichungen – verlässlich. Entwicklungen darüber hinaus sind derzeit nicht absehbar und müssen zu gegebener Zeit erneut geprüft werden.

Frau Ortsbürgermeisterin Fess betont, dass der Bürgerwille berücksichtigt werden müsse. Die Unterschriftenliste und die Umfrage zeigten deutlich, dass eine Zusammenlegung nicht gewünscht sei. Sie bittet um einen Aufschub des Verfahrens um 5–6 Jahre.

Antwort: Der Bürgerwille wurde zur Kenntnis genommen und fließt in die Überlegungen ein. Ein Aufschub ist jedoch nicht möglich. Aufgrund der Anzahl der einzuschulenden Kinder in Albersweiler ist eine Entscheidung des VG-Rates im Jahr 2027 erforderlich.

Ein Einwohner führt aus, dass im Schulentwicklungsplan verschiedene Optionen nicht berücksichtigt worden seien, insbesondere für die Grundschule Ramberg, falls der Status quo erhalten bleibt.

Antwort: Der Schulentwicklungsplan wird erneut erläutert. Ausgangspunkt der Problematik ist nicht die räumliche Situation in Ramberg, sondern die in der Grundschule Albersweiler.

Eine Einwohnerin sieht durch den Regierungswechsel auf Landesebene mögliche neue Förderprogramme und regt an, diese abzuwarten. Zudem fragt sie, warum die Firma FW Design Bau GmbH & Co. KG als Architekturbüro ausgewählt wurde, obwohl sie keine Expertise im Schulbau habe.

Antwort: Der Regierungswechsel war ein Grund für die Empfehlung, die Entscheidung ins 2. Quartal 2027 zu vertagen. Das Architekturbüro wurde aufgrund kurzfristiger Verfügbarkeit ausgewählt. Es ging zunächst um erste planerische Ansätze, die keine tiefgehende Expertise im Schulbau erforderten.

Ein Einwohner bittet um Klarstellung, wie künftig bis zu zehn Klassenräume in Albersweiler realisiert werden sollen.

Antwort: Künftig wird nicht mehr in einzelnen Klassenräumen, sondern in Flächenstrukturen gedacht.

Ortsbürgermeister Herr Denny weist darauf hin, dass nicht nur die Fläche, sondern auch der Personalbedarf bei individualisiertem Unterricht eine Rolle spielt. Zudem vermisst er eine Gegenüberstellung von Pro und Kontra des Status quo. Aus seiner Sicht würden nur die Vorteile einer Zusammenlegung dargestellt.

Antwort: Eine Gegenüberstellung wird erarbeitet. Gegebenenfalls sollte im kommenden Jahr eine externe Stelle mit einer unabhängigen Bewertung beauftragt werden.

Ein Einwohner merkt an, dass die Eindrücke des Studientags für ihn nicht repräsentativ seien. Die Darstellung sei zu emotional und dadurch zu positiv gefärbt.

Antwort: Die Eindrücke und Gespräche des Studientags waren dennoch wertvoll. An diesem Tag war es ausdrücklich Ziel, in größeren Visionen zu denken – dessen waren sich alle Teilnehmenden bewusst.

Annweiler am Trifels, den 03.06.2026

B. Meyer